

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Deutschlandsche: Nachrichten Dresden.  
Sammelnummer 25241.  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise:

Schreitzeitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Ueckrich & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unterlängte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Die voraussichtliche Regierungserklärung.

Oberlandesgerichtsrat Schuhmacher lehnt die angebotenen Ministerposten ab.

Gehler stellt sein Verhältnis zur Demokratischen Partei fest. — Eine Sanierungsaktion für Barmal von den Berliner Banken abgelehnt.

### Die Ministerliste noch nicht vollständig.

Berlin, 16. Jan. In der bisher bekanntgegebenen Zusammenstellung des neuen Reichskabinetts ist keine Aenderung eingetreten. Oberlandesgerichtsrat Schuhmacher, dem das Justizministerium, zusammen mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete, angeboten worden war, hat abgelehnt, so dass also das Justizministerium noch unbefestigt ist, ebenso wie das Finanz- und das Verkehrsministerium.

Von Interesse ist eine Anerkennung Dr. Luthers am Donnerstag früh zu Mitgliedern der Volkspartei: Deutschland müsse aus dem Zustande der Provinz herauskommen und drohende Ereignisse abzuwenden verstehen. Ebenso verdient Interesse die Meldung des Berliner Korrespondenten der „Börsler Nationalzeitung“, Dr. Luther werde auch nach Meinung der linken Parteien länger am Amt bleiben können, als „an jetzt annehme.“

Die für heute abend 6 Uhr angelegte Reichstagssitzung wird nur von kurzer Dauer sein, da in dieser nur die Erklärung der neuen Regierung entgegengenommen wird. Diese Erklärung wird, wie verlautet, in knapper Form vor allem die Bedeutung der an den politischen Aufgaben und damit die Notwendigkeit betonen, ein, wenn auch unvollständiges und nicht als Koalitionsministerium anzusprechendes Kabinett zu präsentieren, um außenpolitisch wieder arbeitsfähig zu werden. Weiter dürfte Dr. Luther hervorheben, dass er trotz aller Widerstände, die sich ihm bei der Bildung seines Kabinetts entgegenstellt haben, auf die vertrauensvolle Mitarbeit in aller Volkskreise rechnet, und er wird die Bitte aussprechen, das Kabinett erst nach seinen Taten zu beurteilen. Er werde sich ehrlich bemühen, den inneren Frieden zu wahren und die Verfassung zu beobachten.

Die Debatte über die Regierungserklärung soll morgen mittag 12 Uhr beginnen, bei welcher Gelegenheit auch Außenminister Dr. Stresemann zu der Kölner Frage das Wort ergriffen wird.

### Im Reichstag

traten vormittags nur die Deutschnationalen zu einer kurzen Fraktionssitzung zusammen, in der der bisherige Fraktionsvorsitzende und nunmehrige Reichsminister des Innern Schiele sein Vorstandamt niedergelegt und sich von der Fraktion verabschiedet. Die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden findet heute nachmittag statt.

erner sind wieder etwa 60 Anträge aller Parteien eingegangen, darunter ein Antrag Beder-Arnberg (Zent.), der sich gegen die überhandnehmende Sonntagsarbeit wendet.

### Gehler bestont seine demokratische Parteiaugehörigkeit.

**Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung**  
Berlin, 16. Jan. Reichswehrminister Dr. Gehler verwehrt sich in einer Unterredung mit einem Vertreter des süddeutschen Presseclans gegen die Unterstellung, dass er die Umbildung des Kabinetts Marx sabotiert und sich sogar gegen die Aufnahme führender Demokraten gewandt habe. Sein Standpunkt während des ganzen Verlaufs der Krise sei der gewesen, dass er aus persönlichen Gründen das größte Gewicht darauf gelegt habe, endlich einmal eine Zeit der Ruhe für sich zu haben und deshalb anzusiedeln, und dass er nur in ein Kabinett eintreten könnte, dem die demokratische Fraktion mindestens Neutralität bewahre.

Wenn er auch kein Mitglied der demokratischen Fraktion sei und deshalb seine Einschlüsse frei treffen könnte, sei er doch Mitglied der Demokratischen Partei.

Er habe allerdings als Patriot das dringendste Interesse, kein Hindernis zu bilden, damit Deutschland aus dem gegenwärtigen unabolden Zustand herauskomme. Deshalb sei er schließlich bereit gewesen, seinerzeit Opfer zu bringen, sei er im Hinblick auf seine persönlichen Beziehungen bedrängt.

Wie das „T.“ aus der demokratischen Fraktion erfährt, kann Minister Gehler nicht darauf rechnen, dass durch seine Augehörigkeit zum kommenden Kabinett Luther die demokratische Fraktion sich in irgendeiner Form beeinflussen lassen werde.

### Dankschreiben des Reichspräsidenten an Marx.

(Durch Rundschau)

Berlin, 16. Jan. Der Reichspräsident hat an den am Amt scheidenden Reichskanzler Marx nachstehendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichskanzler! Mit anstrengtem Bedauern habe ich in Genehmigung Ihres Abschiedsgesuches mit dem befolgenden Erlass Sie von dem Amt des Reichskanzlers entbunden. Das Jahr, während dessen Sie die Regierung des Reiches geleitet haben, war eine Zeit erster wirtschaftlicher und politischer Krisen und harter, forschender, voller Arbeit. Aber diese Arbeit war nicht vergleichbar. Sie brachte unsern Volke auf seinem Leidenswege zum ersten Male Sicherung und Erfolg auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Wie ich Ihnen von am Neujahrsfest zum Ausdruck bringen konnte, habe ich, Herr Reichskanzler, reichen Anteil an den erreichten Erfolgen. Mit ruhiger und sicherer Hand, gestützt auf

unter Einziehung Ihrer ganzen lauterer Persönlichkeit haben Sie die Geschäfte des Reiches so geführt, dass Sie sich Anspruch auf den Dank des gesamten deutschen Volkes erworben. Ich weiß, dass Ihre schlichte Weisheit äußerste Ehren und Dankesworte ablehnt und sich mit dem Gefühl der für das Vaterland getanen Pflicht genügt. Es ist mir aber dennoch ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen namens des Reiches für alles zu danken, was Sie in dieser Zeit geleistet und erreicht haben und Sie zu bitten, stets meiner herzlichsten Wünsche versichert zu sein. Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin Ihr sehr erachteter

### Wer wird Presse-Chef?

**Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung**

Berlin, 16. Jan. Als Nachfolger für den mit Reichskanzler Marx austretenden Ministerialdirektor Dr. Spieder in der Ministerialrat in der Reichskanzlei ist zum Pressechef der neuen Regierung ausgetrieben. Gehheimrat Kiep hat in England studiert, arkte Reisen gemacht und war bei der deutschen Vertretung in Budapest beschäftigt.

Die Stelle eines Ministerialdirektors ist im Etat der Reichskanzlei für 1925 wieder vorgesehen. Der Reichsrat hatte diese Stelle als überflüssig bezeichnet, d. h. die Stelle sollte bei einem Personenwechsel eingesetzt werden. Der Reichsrat hatte seinen Beschluss damit begründet, dass es auf die Dauer für die Reichskasse nicht erträglich sei, die Aufgaben der oberen Reihen der Pressestelle einem Beamten zu übertragen, das es für vielmehr empfiehlt, eine geeignete Persönlichkeit vertragsmässig anzustellen, die zu gegebener Zeit durch Kündigung von ihren Obliegenheiten entbunden werden könnte. Es werde seiner Regierung versagt werden können, den Posten einem Manne ihres Vertrauens zu übertragen. Bei dem starken Verbrauch von Kabinetten könnten innerhalb eines Jahres mehrere Stelleninhaber nach einer kurzen Dienstzeit mit dem Leben laufen. Wartete also ein Ministerialdirektor ausgestattet werden, wie beispielweise der Amtsvorläger des jüdischen Stelleninhabers sich durch nur dreimonatige Dienst in der Reichsverwaltung dieses Wartenels erworben habe. Die Reichsregierung erklärte in der Begründung des Etats die Gründe des Reichsrats für nicht abhängig. Ein hervorragender Journalist, wie er für diesen Posten nötig sei, würde, wenn nach den Winken des Reichsrats verfahren werde, ein erhöhtes Gehalt und eine mögliche weitreichende Kündigungsschutz verlangen.

Der Reichspressechef Ministerialrat Dr. Spieder hat die erwartete Ernennung mit einem warmen Schreiben des Reichspräsidenten Ebert erhalten.

### Die Vorbereitung der Angriffe gegen Braun.

**Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung**  
Berlin, 16. Jan. Für die heutige Landtagssitzung liegen drei Anträge vor, von denen zwei als reine Mitherausvoten, einer als bedingtes Mitherausvotum anzusehen sind.

Die Kommunisten greifen die bisherige Koalitionsregierung wegen ihrer angeblichen Arbeiterfeindschaft und der Durchberechnung des Achtundertages an. Der Wirtschaftsantrag der Deutschnationalen wird u. a. bei der Wirtschaftspartei Unterstützung finden, außerdem bei den Bölkischen, ob auch bei der Deutschen Volkspartei, ist noch fraglich. Sie hat einen eigenen Antrag eingebracht, der sich auf die Anwendung des Artikels 45 hält und erklärt, dass die Regierung Braun der verfassungswidrigen Grundlage entbehre.

### Das preußische Zentrum gegen einen Rücktritt Brauns.

Berlin, 16. Jan. Die Zentrumsfaktion des preußischen Landtags beschließt, an ihrem alten Standpunkt, dass eine Neuwahl des Landtages nicht die Normwidrigkeit des Rücktritts des Kabinetts in sich schlicht, festzuhalten. (W. T. B.)

### Der preußische Elat.

Berlin, 16. Jan. Das preußische Staatsministerium sieht dem Staatsrat den Entwurf des Haushaltplanes für das Rechnungsjahr 1925 zugehen. Danach sind veranschlagt die Einnahmen auf 2 830 294 700 R.-M. Das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben ist durch die Einholung eines Ausgleichsabends im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung in Höhe von 417 500 000 R.-M. Mehreinnahmen aus Reichsüberweisungssteuern und aus den Erhöhungen steuerlicher Einnahmen erreicht worden.

### Der Evangelische Reichsausschuss der Deutschnationalen.

**Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung**

Berlin, 16. Jan. Der Evangelische Reichsausschuss der Deutschnationalen Partei hält heute im Reichstage eine gutbesuchte Tagung ab, die sich hauptsächlich mit dem Konföderat und den Altpreußischen Verträgen beschäftigte. Der deutschnationale Reichstagabgeordnete Professor Dr. Strathmann erhielt den Bericht. An den Bericht schloss sich eine lebhafte Aussprache, die fortgesetzt werden soll, nachdem das endgültige Ergebnis des bonnischen Landtages vorliegt. Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, die die energetische Vertretung der sozialen Gesichtspunkte als der Grundbedingung der Gründung unseres Volkes in der geschegeberischen Tätigkeit der Parlamente verlangt.

### Die Presse zum Kabinett Luther.

#### Die Berliner Presse schreibt.

Berlin, 16. Jan. Über das neu gebildete Kabinett bemerkt die „Kreuz-Zeitung“: Man sieht, wie ungerechtfertigt es war, von übermäßigen Ansprüchen der Deutschnationalen zu sprechen. Sie sind nie erhoben worden. Die Deutschnationalen, die ihrer Fraktionsstärke noch zum mindesten Anspruch auf vier Ministerialstellen haben, begnügen sich mit einem parlamentarischen Minister. Die Partei hat das große Opfer gebracht, um die bürgerliche Entwicklung zu ermöglichen und endlich aus dem für Volk und Reich verhängnisvollen Zustand der letzten Zeit heranzukommen. Die kleinen, peinlich wirkenden Bemühungen, die der endgültigen Bildung des Kabinetts Luther vorausgingen und die wochenlang regierungslose Zeit haben nicht nur die Unabhängigkeit, sondern auch die Gesährlichkeit des republikanisch-parlamentarischen Systems aufs neue dargelegt.

Wenn jetzt ein Reichskabinett erscheint, dessen Minister in der Mehrzahl keine Parlamentarier sind, dann wird ihm dieser Umstand in der Folge nur Sympathien erwecken. Das Organ des Zentrums, die „Wermutha“, die aber hauptsächlich den linken Flügel des Zentrums vertritt, schreibt zum neuen Kabinett: In weiteren Kreisen der Zentrumspartei findet das Kabinett Luther eine gelinde ausgedrückte, fühlbare Aufnahme. Die Zentrumswohlerwahl ist voller Mitherausvoten und Bebensten. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete ist von der Sorge bedrängt, es könnten das mühsam begonnene Geschäft endlicher Befreiung gestört und zurückgeworfen werden. Soziale Spannungen und Wörter im Lande sind dem Kabinett nicht günstig. So beginnt die Regierung ihr Werk unter drohenden Hindernissen. Die Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage, die Gefahr, dass eine längere andauernde Regierungskrise sich schließlich zu einer offenen Versammlungskrise ausdehnen kann, haben das Zentrum veranlasst, dass Justizabkommen dieser neuen Regierung anzunehmen und sie durch parlamentarische Mittel zu ermöglichen. Diese parlamentarischen Mittel erlauben uns aber auch die politische Linie, an die wir nicht gebunden sind, in jedem Augenblick nachzuprüfen und unser Verhalten danach einzurichten.

Der „Vorwärts“ behauptet: Empörung, Entrüstung und Erbitterung, das sind die Empfindungen, mit denen die deutsche Arbeiterschaft dieser Regierung einenübertritt. Die Regierung ist nicht eine Eintragsmaschine nationalistischer Neubildung und extrem monarchistischer Despoten. Sie

ist der bittere erste, auf die Teilnahme armer Parteien basierende Versuch, eine entscheidende Kurzwendung in Deutschland herbeizuführen. Diese Regierung ist also eine Gefahr für die deutsche Entwicklung, vor allem für die soziale Entwicklung in Deutschland.

### Die Aufnahme des Kabinetts Luther im Ausland.

Berlin, 16. Jan. Die weitere Entwicklung der Dinge im Reich wird in der Auslandspresse mit unverkennbarer Interessefreiheit aufgenommen. Aus Paris liegen eine Anzahl Presseauslösungen vor, die auf den eigenen Grundton gestimmt sind: Wenn der Dawes-Plan erfüllt wird, ist jedes denkbare Kabinett Frankreich recht.

Der „Matin“ spricht aus, dass auch ein Kabinett Luther nichts an der Haltung Frankreichs ändern wird, keinen freien breiten Boden mehr zu räumen, bevor Deutschland nicht los ist.

### Fortschreibung der bisherigen Außenpolitik.

Das Urteil der Londoner Presse.

(Durch Funkvorlesung)

London, 16. Jan. Die Blätter nehmen noch nicht in Zeitartikeln zu dem neuen deutschen Kabinett Stellung, sondern bekränzen sich vorläufig auf die Wiederauferstehung ihrer Berliner Berichterstatter, die im ganzen darin geben, dass das Kabinett Luther vom Standpunkt der deutschen Außenpolitik aus einen Rückzug nach rechts bedeutet, das aber die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik durch die Auswanderung Stresemanns und Lüders gesichert sei. Eine Meldung aus Berlin über die Zusammenfassung der neuen deutschen Regierung besagt: „Wenn gleich die Bevölkerung der Männer keineswegs auf dem Vertrauen beruhet, dass eine republikanische Politik befolgt werden wird, so besteht doch kein Zweifel, dass die Regierung die Außenpolitik Marx-Stresemann fortsetzen werde. Denn die beiden hervorragenden Mitglieder des neuen Kabinetts sind Luther und Stresemann, die für die Londoner Abmachungen zweifellos verantwortlich sind. Das Zentrum wird die Regierung fortlaufend beobachten und im Reichstag aktiv feindlich werden in dem Augenblick, wo es sich zeigt, dass die Regierung von der Außenpolitik der vorherigen Regierung abweiche.“ (W. T. B.)









